

Europa der zwei Europas

Der Preis für Angela Merkels Erfolg in Brüssel ist eine Spaltung des Kontinents. Die Euro-Länder werden zusammenwachsen, die anderen bleiben zurück. Großbritannien könnte sogar ganz ausscheiden. Schon gibt es Sorgen wegen einer deutschen Dominanz, auch zu Lasten Frankreichs.

Gegen 19.45 Uhr konnte Herman Van Rompuy seiner peinlichen Pflicht nicht mehr ausweichen. Der EU-Ratspräsident hatte die unschöne Aufgabe, zehn Leute rauszuschmeißen, freundlich natürlich, mit netzen Worten, aber doch bestimmt: Ihr Bleiben war nicht länger erwünscht, sie mussten den großen Sitzungssaal des Justus-Liebig-Gebäudes in Brüssel verlassen.

Es waren stolze Leute, die sonst andere rauschmeißen, aber so gut wie nie rausgeschmissen werden, Regierungschefs, David Cameron aus Großbritannien, Donald Tusk aus Polen, allesamt aus Ländern, die der Europäischen Union angehören, aber nicht mit Euros zahlen.

Sie hatten sich am Mittwoch der vergangenen Woche mit ihren 17 Kollegen aus der Euro-Zone getroffen, um über das künftige Europa zu diskutieren. In Wahrheit beschwerten sie sich darüber, dass die anderen einen Sonderweg

einschreiten und sie nicht genug einbinden.

Es gab viele Klagen. Das Treffen dauerte schon wesentlich länger als geplant, als sich Van Rompuy dazu aufraffte, Cameron, Tusk und die anderen acht wegzuschicken. Er bedankte sich bei ihnen für die „positive“ Diskussion, was angesichts des großen Verdrusses etwas schräg wirkte. Aber dem freundlichen Belgier war die Sache wohl selbst unangenehm.

Es gab eine Pause, dann wurde das Abendessen aufgetischt. Die 17 Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone, Griechenlands Premier Georgios Papandreu und sein Luxemburger Amtskollege Jean-Claude Juncker konnten mit dem wichtigen Teil der Sitzung beginnen. Sie speisten und besprachen dabei, wie sie den Euro retten könnten.

Es war ein denkwürdiges Treffen. Es endete früh am Morgen mit einem Programm zur Rettung des Euro. Es ließ die

Konturen eines neuen Europa hervortreten, und das wird ein gespaltenes Europa sein. Die neue Grenze verläuft zwischen den Euro- und den Nicht-Euro-Staaten. Künftig gibt es innerhalb der EU zwei Europas.

Eines davon könnte Merkel-Europa heißen. Die deutsche Kanzlerin hat es maßgeblich geschaffen, die Euro-Zone ist ein Gebilde nach ihren Vorstellungen.

Und so sieht das neue Europa aus: Es hat eine nahezu hegemoniale Führungsmacht, das ist Deutschland. Es hat ein Ziel, das ist die Stabilität des Euro. Es hat ein Prinzip, das heißt: Wer mit seinen Finanzen schludert, verliert einen Teil seiner Souveränität. Und es hat schon eine zentrale Behörde, das ist die EFSF, die den Rettungsschirm verwaltet.

Das Merkel-Europa ist ein nüchternes, rationales Geschöpf und ähnelt damit ein wenig seiner Schöpferin: keine großen Visionen, kein Friedens- oder Kulturpa-

Euro-Politikerin Merkel
Keine großen Visionen

thos. Zahlen zählen hier mehr als Worte. Europa in dieser Form ist keine Schicksals-, sondern eine Zweckgemeinschaft. Aber es gilt auch: Wenn die Euro-Zone ein Erfolg wird, kann sie helfen, ein gutes Gesamteuropa zu bauen.

Die Finanzmärkte haben erst einmal positiv reagiert, aber jeder weiß, wie volatil die Lage ist. Deshalb waren die Reaktionen aus der Bundesregierung auf die Ergebnisse von Brüssel erst einmal skeptisch. „Es wird in diesem Prozess nicht die eine Lösung geben“, sagt Finanzminister Wolfgang Schäuble im SPIEGEL-Gespräch (siehe Seite 30). „Wir müssen noch einen langen Weg gehen, bis alle Probleme gelöst sind.“

Aber es gibt auch ein Zwischengefühl der Zufriedenheit. Im Moment sieht es so aus, als habe Angela Merkel in diesem Fall ganz gut regiert.

Die Bundeskanzlerin hat von Anfang an auf eine nationale Strategie gesetzt. Sie wollte nicht die Retterin Europas werden. Sie wollte deutsches Geld schützen, um Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten zu erhalten, und nebenbei eventuell Europa retten.

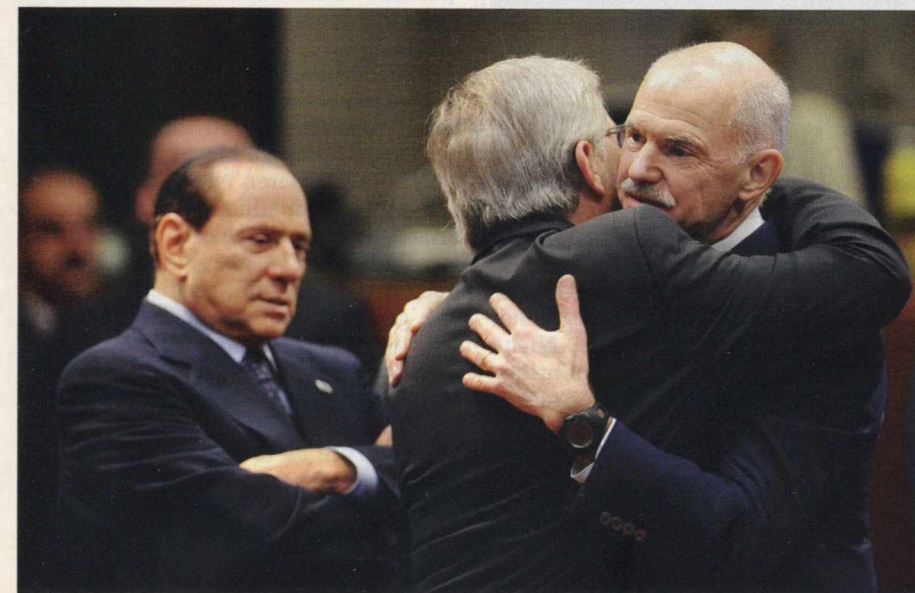
Hätte sie von Anfang an gesagt, dass die Deutschen mit ihrer Finanzkraft für die anderen bedingungslos einstehen, wäre sie heute eine gefeierte Europäerin, und die vergangenen Monate wären friedlicher verlaufen. Aber sie hat schon vor einem Jahr gesagt, dass sich die Partner nicht anstrengen würden, wenn sich Deutschland freigiebig zeigt.

Das war ihre Strategie: Erst müssen sich die anderen anstrengen, dann springen die Deutschen ein, sollte es noch immer Probleme geben. Sie hat damit einiges erreicht: Spanien, Griechen, Portugiesen und Italiener haben zum Teil harsche Programme aufgelegt, um ihre Staatsfinanzen zu sanieren. Die deutsche Stabilitätskultur wird allmählich zur europäischen Leitidee.

Was Merkel in diesem Jahr vor allem bewiesen hat, ist Sturheit und Härte. Wenn es um Wählerstimmen geht, ist Merkel weich wie Wachs. Ihrem Volk, also ihrem Souverän, mutet sie nicht gern etwas zu, anderen aber schon, und dann kann sie unerbittlich sein.

Sie hatte Phasen in diesem Prozess, da musste sie Kritik aus aller Welt einstecken, aus den USA, aus Europa, von der Opposition, von den Medien: Deutschland solle endlich führen, was in Wahrheit bei manchem hieß, Deutschland solle endlich viel zahlen. Aber Merkel blieb stur. Vor einem Barack Obama hat sie weniger Angst als vor deutschen Wahlbürgern.

Der Preis ihres Brüsseler Erfolgs ist eine Spaltung Europas. Wer beim Euro nicht mitmacht, gehört nicht mehr zu



Krisenpolitiker Berlusconi, Juncker, Papandreu: Denkwürdiges Treffen

Kerneuropa, ist nicht mehr dabei, muss den Saal verlassen, wenn die wirklich wichtigen Dinge verhandelt werden. Die 17 schreiten voran, die 10 trotten hinterher, sind Nachzügler, Randstaaten. Das haben sie jetzt schriftlich.

Im Schlusssdokument des Treffens vom Mittwoch räumen sich die Länder der Euro-Zone das Recht ein, ihre Zusammenarbeit zu vertiefen, ohne auf die Nicht-Euro-Länder warten zu müssen. Auch der Rettungsschirm EFSF vertieft die Spaltung. Er ist eine Einrichtung der 17 Länder der Währungsunion für die 17 Länder der Währungsunion.

Vor seiner Zentrale in der Luxemburger Avenue John F. Kennedy 43 weht nicht die Europa-Flagge, das Symbol der Europäischen Union. Allein die Farben des Logos, blau und gelb, signalisieren einen europäischen Bezug der EFSF.

Nach dem Willen der Staats- und Regierungschefs werden der Rettungsschirm und sein Chef Klaus Regling künftig noch wichtiger. Er bekommt mehr Macht und Einfluss und auch mehr Geld. Er wird zum Nukleus des neuen Europa, das von der Finanzpolitik getrieben wird.

440 Milliarden Euro standen insgesamt zur Verfügung, 250 Milliarden sind nach Rettungsaktionen für Portugal, Irland und Griechenland noch übrig. Diese Summe soll nach den jüngsten Beschlüssen auf einen Betrag von rund einer Billion Euro hochgehebelt werden, um strauchelnden Ländern wie Italien und Spanien Liquiditätshilfen zu gewähren.

Die Hebelung ist in zwei Varianten erlaubt. Die erste funktioniert nach dem Vorbild einer Teilkaskoversicherung. Die EFSF garantiert Investoren, dass sie einen Teil der Verluste trägt, sollten griechische, spanische oder italienische Anleihen in Schieflage geraten. Übernimmt die EFSF im Schadensfall zum Beispiel die ersten 20 Prozent der Verluste, werden die Anleihen dieser Länder attraktiver. Mit einem Euro aus dem Rettungsschirm ließen sich vier weitere von privaten Anlegern mobilisieren, so das Kalkül.

In der zweiten Variante beteiligt sich der Rettungsschirm zusammen mit anderen privaten oder öffentlichen Anlegern an einer Zweckgesellschaft, die Anleihen angeschlagener Länder aufkauft. Dieses Angebot zielt vor allem auf die milliardenschweren Fonds von Staaten wie China oder Brasilien, die weltweit nach Anlagemöglichkeiten suchen. Der Anteil der EFSF würde dazu dienen, mögliche Verluste der Gesellschaft aufzufangen.

Sollte EFSF-Chef Regling mit einem solchen Angebot das Interesse von Investoren wecken, verfügt seine Behörde künftig über neunmal so viel Geld wie die EU-Kommission. Auch das ist ein Hinweis auf die neuen Machtverhältnisse.

Auch beim geplanten Schuldenschnitt für Griechenland werden die Konturen



Briten-Premier Cameron
„Ihr hasst den Euro“



Frankreichs Präsident Sarkozy
„Mund halten“

des neuen Europa sichtbar. Die EU-Kommission spielte in dieser Angelegenheit nur eine untergeordnete Rolle, Nicht-Euro-Länder wie Schweden, Großbritannien oder die osteuropäischen Staaten standen gänzlich abseits.

Den Ton gaben die Mitgliedstaaten der Währungsunion vor, in erster Linie Deutschland. Merkel und ihr Finanzminister Schäuble drängten mit Erfolg auf einen drastischen Schuldenschnitt. Private Gläubiger Griechenlands, vor allem also Banken und Versicherungen, sollen

auf die Hälfte ihrer Forderungen verzichten. Staatliche Gläubiger, vor allem also die Europäische Zentralbank, bleiben verschont. Als Folge soll die Staatsverschuldung Griechenlands von derzeit 160 Prozent der Jahreswirtschaftsleistung bis 2020 auf 120 Prozent sinken.

Das ist immer noch kein gesunder Wert. Italien liegt bei 120 Prozent und gilt als Krisenfall. Die Lösung hat jedoch den Charme, dass Italien nun nicht mit dem Hinweis auf Griechenland einen Schuldenschnitt fordern kann, um einen Teil seiner Schuld bequem loszuwerden. 120 Prozent sind nun gleichsam als erträglicher Wert definiert.

In Wahrheit ist das zu viel. Deshalb gibt es auch keinen Grund zum Jubeln. Es werden weiterhin schlechte Nachrichten aus den Krisenländern kommen, wird weiterhin Krisengipfel geben. Der Euro ist für den Moment gesichert, aber nicht auf Dauer stabilisiert.

Dazu kommen nun die Probleme der zwei Europas in der EU. Was die 17 Euro-Regierungschefs unter sich ausgeheckt haben, macht aus der EU eine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Neben dem Europäischen Rat aller 27 Mitglieder soll ein „Euro-Gipfel“ gegründet werden. Der 17er-Club soll sich „regelmäßig, mindestens zweimal im Jahr“ treffen. Zum „Präsidenten des Euro-Gipfels“ wird Herman Van Rompuy ernannt, der auch Präsident des Europäischen Rats ist. Zudem erhält die Euro-Arbeitsgruppe aus Spitzenbeamten aller Teilnehmerländer einen hauptamtlichen Vorsitzenden. Zusammen mit EFSF und der EZB ergibt das eine starke zweite Struktur neben der EU-Kommission.

Briten-Premier Cameron sagte bei dem EU-Gipfel am vorvergangenen Sonntag, die von den Euro-Chefs geplanten Beschlüsse hätten „ernsthafte Konsequenzen“ für die anderen Länder: „Die Krise der Euro-Zone geht alle EU-Staaten an.“

Cameron forderte, in die Schlussfolgerungen einen Paragraphen einzufügen, der den 27 das Recht gibt, Entscheidungen des Euro-Gipfels zu blockieren. Anfangs zeigten die anderen Nicht-Euro-Mitglieder dafür Sympathie, aber Frankreichs Präsident Sarkozy schaffte es, sie von ihrem Blockade-Plan abzubringen. Es seien doch nur die Briten und die Dänen, die sich grundsätzlich gegen den Euro entschieden hätten, argumentierte Sarkozy. Alle anderen hätten sich verpflichtet, der Währungsunion mittelfristig beizutreten. „Das ist nicht in eurem Interesse“, sagte der Franzose an die Adresse von Polen, Tschechen und der anderen Euro-Kandidaten. Auch Van Rompuy qualifizierte den britischen Vorstoß als „Misstrauensantrag“ ab.

Zwischendurch platzte dem französischen Präsidenten der Kragen, und er

ging seinen britischen Kollegen direkt an: „Du hast eine gute Gelegenheit verpasst, den Mund zu halten“, schnaubte Sarkozy. „Wir haben es satt, dass ihr uns ständig kritisiert und sagt, was wir tun sollen. Ihr sagt, ihr hasst den Euro, und jetzt mischt ihr euch in unsere Treffen ein.“

Merkel neigt zu solchen Ausbrüchen nicht, aber es ist verbürgt, dass ihr Cameron in den vergangenen Monaten genauso auf die Nerven ging wie dem französischen Präsidenten.

Die 440 Milliarden Euro des Rettungsschirms kommen ausschließlich aus den Haushalten der Euro-Mitgliedstaaten. Trotzdem verlangte Großbritanniens Premierminister, die Hebelwirkung der EFSF müsse auf „zwei Billionen“ verstärkt werden. Andererseits hängen die Staaten der Währungsunion auch vom Wohlwollen

damit sie bald dabei sein und mitreden können.

Für Deutschland gilt, dass es jetzt das Europa hat, das es wollte. Offen ist, ob es damit glücklich wird.

Ein deutsches Europa ruft bei den Nachbarn alte und neue Ressentiments hervor. Wer in den vergangenen Monaten Urlaub in Griechenland oder Portugal gemacht hat, kann einiges darüber berichten. Bislang war es „Brüssel“, auf das viele Bürger schimpften, wenn in ihren Ländern etwas schief lief. Das neue Schimpfwort wird „Berlin“ sein.

Aus diesem Grund haben bislang alle Bundesregierungen versucht, ihre eigenen Interessen und Ambitionen europäisch oder transatlantisch zu verkleiden. Das war klug, denn die Partner wollen kein auftrumpfendes Deutschland sehen.



Kanzlerin Merkel, Polen-Premier Tusk: „Was heißt das in der Praxis?“

der anderen EU-Mitglieder ab. So war ein Treffen der EU-27 am vergangenen Mittwoch nötig, um den Plan für die Rekapitalisierung der Banken zu beschließen.

Um die Gemüter auf beiden Seiten zu beruhigen, wurde schließlich in die Schlussfolgerungen des „Euro-Gipfels“ eine Formulierung aufgenommen, mit der die Spaltung der EU vermieden werden soll. „Die Struktur für die Steuerung im Euro-Währungsgebiet wird unter Wahrung der Integrität der Europäischen Union insgesamt verstärkt“, heißt es in Paragraf 30. Das klinge ja gut, sagte Polens Premier Tusk, doch „was heißt das in der Praxis?“ Keiner konnte die Frage beantworten.

Die Praxis wird wohl so aussehen: Die Briten müssen sich überlegen, ob sie überhaupt noch in der EU sein wollen. Bei den Konservativen gibt es eine starke Bewegung für einen Austritt. Und die meisten anderen werden sich anstrengen,

Sie fürchten sich davor. Merkel hat wenig Rücksicht darauf genommen. Sie schonte lieber die deutschen Kassen als die Gemüter der anderen.

Dafür muss sie nun mit einem Europa leben, das ökonomisch gar nicht gut zu Deutschland passt. In der Euro-Zone sind die Länder des Mittelmeerraums stark vertreten, anders als Deutschland haben sie einen Hang zu staatlicher Industriepolitik und Protektionismus. Wichtige Verbündete Berlins im Kampf um einen freien Handel und einen einheitlichen Binnenmarkt wie die Briten finden sich an der Peripherie wieder. Auch die Polen, Dänen und Schweden sind den Deutschen in vielen Fragen näher als die Griechen, Spanier oder Franzosen. Doch ihre Stimmen zählen fortan weniger. So wird sich Deutschland vor allem mit denen integrieren, deren ökonomische Kultur der hiesigen besonders fern ist.

„Wir brauchen eine neue Klammer, die die Euro-Zone und das Europa der 27

miteinander verbindet“, sagt Ulrike Guérot, die deutsche Chefin des einflussreichen Think-Tanks European Council on Foreign Relations. „Sonst verlieren wir die EU, weil wir den Euro gerettet haben.“

Ein anderes Problem ist, dass die Führungsmacht Deutschland politisch nicht stabil ist. Die Koalition kann sich nicht einmal über eine kleine Steuerreform verständigen, und die FDP muss noch einen Mitgliederentscheid über den permanenten Rettungsfonds ESM überstehen. Und schon wieder hat das Bundesverfassungsgericht Zweifel am Verfahren geäußert, wie das Parlament an der Krisenpolitik beteiligt wird. Der Hegemon wirkt im Inneren etwas bläulich.

Auf europäischer Ebene stürmt die Bundesregierung erst einmal weiter. Das nächste Ziel ist, die Verträge von Lissabon zu ändern. Darin werden die Strukturen der EU geregelt.

In einem Brief an die FDP-Abgeordneten hat Außenminister Guido Westerwelle einige Reformen genannt. Dazu zählen automatische Sanktionen für Defizitsünder, die die Kommission verhängen soll, ohne Vetorecht der Mitgliedstaaten. Außerdem soll es der Kommission und einzelnen Euro-Staaten erlaubt werden, vor dem Europäischen Gerichtshof gegen den Haushalt eines Landes zu klagen. Ein Stabilitätskommissar soll Mittel aus den Struktur- und Kohäsionsfonds zurückhalten dürfen, wenn ein Land seine Verpflichtungen verletzt.

Den dauerhaften Rettungsschirm ESM will das Auswärtige Amt zu einem Währungsfonds umbauen lassen, der auch eine Staatsinsolvenz vorbereiten kann. Hierfür sei eine Änderung der Verträge der klarste Weg, heißt es. Falls politisch nicht durchsetzbar sei, müsse über einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen den Euro-Staaten nachgedacht werden.

Das Merkel-Europa läuft hinaus auf die Regel: Wer nicht spurt, wird bestraft. Der eigentliche Verlierer dabei ist Frankreich. Präsident Sarkozy hat noch mokant gelächelt, als er in einer Pressekonferenz gefragt wurde, ob er dem italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi vertraue. Dieses Lächeln kam von ganz oben. Aber da ist Sarkozy längst nicht mehr. Er hatte ganz andere Pläne für die Euro-Zone, wollte zum Beispiel keinen drastischen Schuldenschnitt. Aber er konnte das nicht durchsetzen, denn im Merkel-Europa gilt auch: Wer zahlt, bestimmt.

Das Ganze klingt wie ein Treppenwitz der Geschichte: Die Franzosen wollten den Euro, um die Deutschen zu bändigen. Nun dient der Euro den Deutschen dazu, die Franzosen zu bändigen.

DIRK KURBUJWEIT, RALF NEUKIRCH,
CHRISTIAN REIERMANN, CHRISTOPH SCHULT

„Wir wollen nicht herrschen“

Finanzminister Wolfgang Schäuble, 69 (CDU), über die Euro-Rettung, seine Pläne für eine gemeinsame Wirtschaftsregierung und die ausländische Sorge vor einer deutschen Hegemonialmacht



Europa-Politiker Schäuble

WERNER SCHÜERING / DER SPIEGEL

SPIEGEL: Herr Schäuble, weltweit feiern Politiker und Wirtschaftsexperten den jüngsten EU-Gipfel als Erfolg. Ist der Euro jetzt gerettet?

Schäuble: Der Gipfel der vergangenen Woche hat uns ein gutes Stück vorangebracht. Es wird aber nicht das letzte Treffen zu diesem Thema gewesen sein. Es war ein weiterer wichtiger Schritt. Das scheint im Übrigen auch die erste Einschätzung der Märkte zu sein.

SPIEGEL: Wer deren Reaktion zum Maßstab macht, könnte auf die Idee kommen, alle Probleme seien gelöst.

Schäuble: Ich wiederhole, was die Kanzlerin dazu mehrfach gesagt hat. Es wird in diesem Prozess nicht die eine Lösung geben. Wir bauen an einer neuen institutionellen Architektur für die Euro-Zone, die mehr Europa und mehr Stabilität bedeutet. Wir müssen noch einen langen

Weg gehen, bis alle Probleme gelöst sind. Aber die Chance, dass wir Erfolg haben werden, ist seit vergangener Woche größer geworden.

SPIEGEL: Da sind wir uns nicht so sicher. Wenn die Beschlüsse umgesetzt werden, sinkt die Schuldenquote Griechenlands gerade mal auf 120 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), genauso hoch wie im finanzschwachen Italien. Glauben Sie wirklich, dass die griechische Wirtschaft so wieder auf die Beine kommt?

Schäuble: Ja. Schuldentragfähigkeit ist dann gegeben, wenn Sie Zugang zum Markt haben. Und das hat Italien. Die Troika sagt uns, dass dies auch für Griechenland der Fall sein wird, wenn es diesen Schuldenstand erreicht und seine Wettbewerbsfähigkeit verbessert hat.

SPIEGEL: Das müssen Sie uns erklären.

Schäuble: Wenn Griechenland am Ende des Jahrzehnts eine Schuldenstandsquote von 120 Prozent des BIP erreicht hat, dann ist dies das Ergebnis einer umfang-

reichen Rückführung der Verschuldung. Durch Konsolidierung. Durch Wachstum. Durch Reformen. Das schafft Vertrauen. 120 Prozent sind aber nur eine Momentaufnahme, auch Griechenland darf dabei nicht stehen bleiben.

SPIEGEL: Das ist europäische Gipfel-Dialektik, aber keine Antwort auf unsere Frage. Glauben Sie im Ernst, dass Griechenland mit diesem Paket wieder wettbewerbsfähig werden kann?

Schäuble: Ja, denn das neue Programm wird auch umfassende Strukturreformen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit enthalten.

SPIEGEL: Aber die Gipfel-Beschlüsse sorgen weder dafür, dass Athen seine Haushaltsprobleme in den Griff bekommt, noch stimulieren sie den Arbeitsmarkt.

Schäuble: Warten Sie es ab! Sie vergessen die umfassenden Maßnahmen, die für und mit Griechenland ergriffen werden – angefangen bei der Unterstützung zur Umsetzung der Programme durch die

Das Gespräch führten die Redakteure Christian Reiermann und Michael Sauga.

Griechenland-Taskforce der Kommission und die Troika, die jetzt ja dauernd vor Ort sein wird, bis hin zu den EU-Mitteln, die für Griechenland bereitstehen. Klar ist aber auch: Die Probleme müssen in Griechenland bewältigt werden, nicht in Europa, aber mit der Hilfe Europas.

SPIEGEL: Möglicherweise erzeugen die Gipfel-Beschlüsse sogar neue Probleme. Länder wie Portugal oder Irland könnten versucht sein, ihre Probleme mit einem Schulden-Schnitt aus der Welt zu schaffen.

sind gesetzt. Dabei werden aber die privaten Gläubiger immer in Betracht ziehen, dass die Alternative zu einer Einigung die Nichteinigung ist, mit allen Konsequenzen, auch für die privaten Gläubiger.

SPIEGEL: Der Erfolg des Pakets hängt nun vom Wohlwollen der Banken ab. Was tun Sie, wenn die sich verweigern?

Schäuble: Wir haben immer erklärt, dass wir einen freiwilligen Schuldenschnitt vorziehen. Dazu gibt es eine feste Zusage des Weltbankverbands IIF. Wir haben

bei, die bei einem Ausfall der Griechenland-Schulden wiederum auf diese 20 Milliarden als eine Art Teilversicherung zurückgreifen können. So können wir mehr Hilfen ausreichen, ohne dass wir die EFSF-Haftung erhöhen.

SPIEGEL: Aber Sie unterschlagen, dass die Risiken für die Steuerzahler steigen. Die EFSF muss künftig immer als Erste zahlen, wenn etwas schief läuft.

Schäuble: Das Risiko steigt nicht notwendigerweise. Möglicherweise sinkt es sogar.

SPIEGEL: Klingt erst recht wie Zauberei ...

Schäuble: ... ist aber Ökonomie. Indem wir die Summe, die wir mit der EFSF abdecken können, mit Hilfe anderer Gläubiger auf bis zu eine Billion Euro erhöhen, steigern wir zugleich die Abwehrkraft der EFSF gegen mögliche Attacken von Spekulanten. Dadurch sinkt die Wahrscheinlichkeit, dass der Haftungsfall überhaupt eintritt.

SPIEGEL: Ist der neue Billionenhebel denn groß genug, ein Land wie Italien zu retten, wenn es in Schieflage gerät?

Schäuble: Italien muss seine Hausaufgaben machen! Italien muss die Märkte davon überzeugen, dass es gewillt und entschlossen ist, die erforderlichen Reformen zügig anzugehen und umzusetzen. Die Frage des Rettungsschirms stellt sich für Italien nicht. Das weiß auch die italienische Regierung. Und Italien kann das auch bewältigen.

SPIEGEL: Das heißt im Umkehrschluss: Die Rettung des Euro hängt von der Vernunft der italienischen Regierung ab.

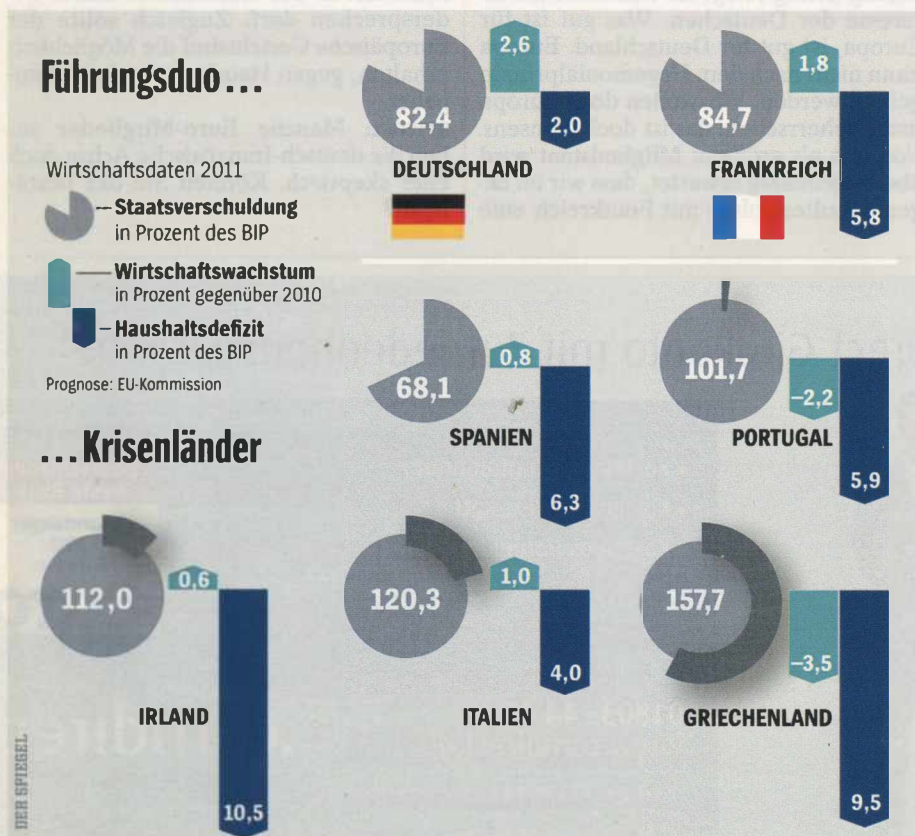
Schäuble: Die Rettung des Euro hängt davon ab, dass alle in Europa ihre Verantwortung wahrnehmen. Das heißt, wir helfen uns gegenseitig. Es heißt aber auch, die europäische Hilfe kann immer nur Hilfe zur Selbsthilfe sein. Wir können die Probleme Italiens nicht in Deutschland lösen, sie müssen in Italien gelöst werden. Aber ich glaube, Sie stimmen mir zu, dass die Krise in ganz Europa dazu beigetragen hat, das Bewusstsein für eine Stabilitätskultur zu stärken.

SPIEGEL: Was muss Rom tun?

Schäuble: Es muss das tun, was die italienische Regierung gegenüber ihren europäischen Partnern zugesagt hat: das Haushaltsdefizit schnell und deutlich zurückführen, den Schuldenstand drücken und die Wachstumskräfte in der italienischen Wirtschaft stärken. Italien benötigt strukturelle Reformen am Arbeitsmarkt und in den sozialen Sicherungssystemen. Die europäischen Regierungen haben die Kollegen aus Italien sehr darin bestärkt, diesen Weg zu gehen.

SPIEGEL: Glauben Sie, dass die Botschaft auch angekommen ist?

Schäuble: Italien hat seine Bereitschaft zu Reformen erklärt. Jetzt müssen sie umgesetzt werden. Das ist entscheidend. Ankündigungen allein helfen nicht.



Schäuble: Die Staats- und Regierungschefs der Euro-Zone – auch die von Portugal und Irland – haben einstimmig noch einmal klargemacht: Griechenland ist ein einzigartiger, ein besonderer Fall, der einer speziellen Lösung bedurfte. Griechenland wird im Gegenzug für die weitere und längere Hilfe durch die Mitglieder der Euro-Zone harte Maßnahmen ergreifen und sich auch eine sehr viel engere Aufsicht gefallen lassen müssen – man könnte auch sagen, dass es vorübergehend einen Teil seiner Souveränität abgeben wird. Ich glaube nicht, dass sich irgendein Land diese harten Maßnahmen antun wollen, es sei denn in der höchsten Not.

SPIEGEL: Nach den Gipfel-Beschlüssen sollen die privaten Gläubiger des Landes auf 50 Prozent ihrer Forderungen verzichten, und zwar freiwillig. Glauben Sie wirklich, dass das funktioniert?

Schäuble: Die Details müssen noch finalisiert werden, richtig. Aber die Pflöcke

aber auch erklärt, dass ein weniger konsensualer Weg nicht ausgeschlossen ist.

SPIEGEL: Vor einigen Wochen haben Sie den Bundesbürgern versprochen, dass Deutschland bei der Euro-Rettung mit höchstens 211 Milliarden Euro dabei ist. Jetzt haben Sie dem Rettungsschirm einen sogenannten Hebel hinzugefügt, der die Garantiesumme auf eine Billion Euro schraubt. Was stimmt denn nun?

Schäuble: Es stimmt, was ich gesagt habe. Erstens, Deutschlands Haftung ist auf 211, oder genauer 211,0459 Milliarden Euro begrenzt. Zweitens, wir verbessern die Wirksamkeit des EFSF-Rettungsschirms so, dass wir mit diesen Mitteln eine bessere Stabilisierungswirkung erreichen können.

SPIEGEL: Das klingt wie Zauberei.

Schäuble: Wenn wir Griechenland hundert Milliarden Euro zur Verfügung stellen wollen, garantieren die Euro-Staaten über die EFSF zum Beispiel 20 Milliarden Euro. Den Rest steuern private Gläubiger

SPIEGEL: Was passiert, wenn Italien seine Versprechen nicht einhält?

Schäuble: Dann werden die Märkte entsprechend reagieren. Italien hat einen hohen Finanzierungsbedarf. Das Land muss deshalb ein großes Interesse daran haben, dass seine Zinslast tragbar bleibt. Dazu muss es die Reformen umsetzen. Europa funktioniert durch Taten, nicht dadurch, dass sich alle gegenseitig versichern, dass sie gute Menschen sind.

SPIEGEL: Möglicherweise rechnet die Regierung in Rom eher damit, dass im Zweifelsfall die EZB ihre Anleihen kauft.

Schäuble: In den Verträgen ist die unabhängige Rolle der EZB eindeutig festgelegt. Und die Regierungschefs haben genau deshalb in ihrem Gipfel-Kommuniqué bekräftigt, dass sie die Verträge kennen.

SPIEGEL: In Italien werden solche Hinweise von Ihnen und der Kanzlerin gern als teu-

ist unstrittig, dass die Hauptursache der Krise die hohe Staatsverschuldung ist. Deshalb kann die Antwort auf die Krise nicht darin bestehen, die Verschuldung weiter zu erhöhen. Die Antwort auf die Krise kann nur in verstärkter Stabilitätspolitik bestehen.

SPIEGEL: Deutscher kann man es kaum ausdrücken. Ist die Bundesrepublik auf dem Weg zu einer europäischen Hegemonialmacht?

Schäuble: Unfug! Dass die europäische Einigung gelingt, liegt im existentiellen Interesse der Deutschen. Was gut ist für Europa, ist gut für Deutschland. Europa kann nicht nach dem Hegemonialprinzip gebaut werden. Wir wollen doch Europa nicht beherrschen, das ist doch Nonsense. Von uns als größtem Mitgliedstaat wird aber regelmäßig erwartet, dass wir im engen Schulterschluss mit Frankreich eine

Schäuble: Nein. Ich folge da eher den Vorstellungen von Kommissionspräsident Barroso. Der Währungskommissar sollte künftig eine Stellung bekommen, die derjenigen des Wettbewerbskommissars entspricht. Danach würde der Währungskommissar künftig überwachen, ob die finanzpolitischen Vorgaben für die Euro-Zonen-Mitglieder auch eingehalten werden. Gibt es Verstöße, sollte er selbstverantwortlich Sanktionen verhängen dürfen, und zwar ohne dass ihm eine Mehrheit in der Kommission dabei widersprechen darf. Zugleich sollte der Europäische Gerichtshof die Möglichkeit erhalten, gegen Haushaltssünder vorzugehen.

SPIEGEL: Manche Euro-Mitglieder sehen die deutsch-französische Achse doch eher skeptisch. Können Sie das bestätigen?

➤ Das kostenlose comdirect Girokonto mit Zufriedenheitsgarantie¹.



- Kostenlose Kontoführung
- Kostenlose Visa-Karte
- Kostenlos Bargeld weltweit²



01803 - 44 45³
www.comdirect.de

.comdirect

¹ Details unter www.comdirect.de/zufriedenheitsgarantie. ² Im Ausland an Geldautomaten mit der Visa-Karte, im Inland mit der girocard an rund 9.000 Automaten der Cash Group. ³ 0,09 Euro/Min. aus dem Festnetz, Mobilfunkpreis max. 0,42 Euro/Min.

tonisches Diktat empfunden. Fürchten Sie nicht, dass Deutschland mit dieser Position in Europa zum Buhmann wird?

Schäuble: Nein. Wenn ich richtig informiert bin, kommen die gleichen Hinweise vom scheidenden französischen Präsidenten der Europäischen Zentralbank, Jean-Claude Trichet, dem portugiesischen EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Barroso und dem belgischen EU-Ratspräsidenten Herman Van Rompuy.

SPIEGEL: Sie können doch nicht bestreiten, dass die Beschlüsse der vergangenen Woche deutlich deutsche Züge tragen.

Schäuble: Es ist zwar schön, wenn auch der SPIEGEL mal anerkennt, dass die Bundesregierung gute Arbeit leistet ...

SPIEGEL: ... bitte sehr ...

SPIEGEL: ... aber wir kommen in Europa nicht weiter, wenn wir diese Debatte nach nationalen Gesichtspunkten führen. Es

Führungsfunktion übernehmen. Denn nur wenn Deutschland und Frankreich an einem Strang ziehen, können oft schwierige Fragen gelöst werden.

SPIEGEL: Eine davon ist die Ausgestaltung der künftigen Wirtschaftsregierung, die in der Euro-Gruppe gebildet werden soll. Was schwebt Ihnen vor?

Schäuble: Bislang gibt es in der Euro-Zone nur eine gemeinsame Geld- und keine gemeinsame Finanzpolitik. Das ist das Problem, und das müssen wir Schritt für Schritt ändern. Wir müssen auf europäischer Ebene zu mehr Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit kommen. Dazu werden wir die europäischen Verträge ein Stück weit anpassen müssen.

SPIEGEL: Braucht die Euro-Zone denn einen Finanzminister, wie es der scheidende EZB-Präsident Trichet vorgeschlagen hat?

Schäuble: Überhaupt nicht. Europa wartet oft geradezu auf gemeinsame Signale aus Berlin und Paris. Manchmal scheint das selbst mir übertrieben.

SPIEGEL: Wie meinen Sie das?

Schäuble: Bei manchen Ministerratssitzungen frage ich mich, weshalb soll ich immer als Erster reden. Es können ja auch mal die anderen anfangen, zumal mein Akzent im Englischen nicht der allerbeste ist.

SPIEGEL: Im Französischen fühlen Sie sich besser zu Hause, heißt es.

Schäuble: Das liegt vielleicht an der Nähe meiner badischen Heimat zu Frankreich. Aber Spaß beiseite, Deutschland hat als größte Volkswirtschaft des Kontinents eine besondere Verantwortung, dass wir in Europa zu gemeinsamen Ergebnissen kommen.

SPIEGEL: Herr Schäuble, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.